

Deepseek

Auswirkungen auf unsere Sicherheit



Klaus Wellershoff
Ökonom bei Wellershoff & Partners

Eigentlich ist es egal, ob Deepseek ein Deepfake ist oder nicht. Die aktuelle Aufmerksamkeit für das chinesische KI-Unternehmen, das behauptet, eine deutlich effizientere Methode zur Erstellung von künstlicher Intelligenz (KI) zu besitzen, ist ein Gamechanger. Nichts wird so sein, wie es uns die Börsengurus in den vergangenen Quartalen einreden wollten. Die Auswirkungen auf viele Bereiche, von der Börse über die Realwirtschaft bis hin zur Geopolitik, sind gewaltig.

Und das ist nicht überraschend, schliesslich führt uns Deepseek nur vor, was wir unseren Studierenden im Grundstudium in Mikroökonomie beibringen: Hohe Gewinne locken Konkurrenz an und lösen Innovation aus, die letztlich die Gewinne zum Verschwinden bringen. Das mit der Konkurrenz scheint jetzt im Bereich der KI Realität geworden zu sein. Das mit den Gewinnen muss sich erst noch materialisieren. Reagieren aber die Gewinnerwartungen für die Zukunft, kann das heute schon zur Kernschmelze bei den Lieblingsaktien der US-Börse führen.

Das heisst auf keinen Fall, dass wir an der Nützlichkeit der KI zweifeln sollten. Die wird sich aufgrund des nun tieferen Preises der Algorithmen und der notwendigen Berechnungen sogar noch schneller verbreiten. Das hat grosse Vorteile für uns Konsumenten und Konsumentinnen. Aber all diejenigen, die in den vergangenen Jahren unvorstellbare Summen in eine nun scheinbar veraltete KI-Methode investiert haben, werden diese abschreiben müssen. Mit den tieferen Kosten der neuen Methode wird es auch mehr Wettbewerber bei der Nutzung von KI geben, was auf breiter Basis die erwarteten Margen und Umsätze bei bisher als marktdominant vermuteten Unternehmen senken wird.

Aber auch politisch werden die Auswirkungen gewaltig sein. Immerhin hat die neue US-Regierung die amerikanische Monopolstellung bei der KI als Faustpfand gesehen, um die Welt gefügig zu machen. Wenn Deepseek nun die wichtigsten Teile ihrer Software der Welt gratis zur Verfügung stellt, hat sich der amerikanische Wettbewerbsvorteil in der wichtigsten technologischen Neuheit über Nacht stark reduziert.

Das hat starke Auswirkungen auf alle Bereiche unseres Lebens. Auch auf unsere Sicherheit. So ist zum Beispiel der Vorsprung der US-Waffenindustrie in Bezug auf Steuerung und Zielgenauigkeit in kürzester Zeit deutlich kleiner geworden, und ein Land wie Taiwan hat als wichtigster Produzent von Hightech-Chips für den Westen klar an geostrategischer Bedeutung verloren.

Gewinnerinnen und Verlierer von Deepseek sind heute nicht wirklich absehbar. Die Welt mit oder nach Deepseek wird aber eine andere sein.

Klaus Wellershoff ist regelmässiger Kolumnist der «Handelszeitung». Die in den Kolumnen vertretenen Ansichten können von jenen der Redaktion abweichen.

Post-Strategie

Rösti provoziert das Parlament

Wäre Albert Rösti ein Sozialdemokrat, würde man seine Passivität im Post-Dossier verstehen. Seine Vorgängerin Simonetta Sommaruga putzte Vorstösse aus dem Parlament gerne ab, wenn gefordert wurde, der Bundesrat solle die Post bei Firmenkäufen einschränken. Der unter ihr eingesetzte Konzernchef Roberto Cirillo hat es allerdings auf die Spitze getrieben. Über 2 Milliarden Franken sind seit 2021 für Firmenkäufe aufgewendet worden. Etliche davon in postfremden Bereichen, etwa in Medizinalreinigung oder Bürosoftware.

Nicht von ungefähr verlangt das Parlament seit Jahren, der Bundesrat solle die Post zurückbinden. Doch was macht Rösti, notabene ein SVP-Mitglied? Nichts. Dies zeigt der am Mittwoch publizierte Vierjahresplan der strategischen Ziele des Bundes für die Post. Er lobt sie sogar. Die Post habe die Herausforderungen gut gemeistert. Deshalb sehe der Bundesrat «keinen Grund, die Ausrichtung der strategischen Ziele zu ändern». Kein Wort darüber, dass die Post den Wettbewerb unter Privaten dank billigem Fremdkapital bedrängt und dass das Parlament Rösti damit beauftragt hat, die Post auf den postalischen Auftrag zurückzustützen.

Rösti belässt es bei einer Mahnung. Der Verwaltungsrat soll künftig bei geplanten Firmenübernahmen «sorgfältig prüfen», ob die Post sich an ihren gesetzlichen Auftrag hält. So klingt es seit Jahren. Es ist dieselbe Leier wie unter Sommaruga. Das ist inakzeptabel, weil viel zu schwammig.

Das Gute daran: Das Parlament muss jetzt keine Rücksicht mehr auf den Bundesrat nehmen, um einzugreifen. Will heissen: Es soll per parlamentari-



Andreas Valda
Bundeshausredaktor

sche Initiative die postalische Grundversorgung definieren und den Spielraum für Akquisitionen auf diese Aufgabe beschränken. Alle anderen Geschäftsbereiche kann der Gesetzgeber zur Privatisierung freigeben. Die Post soll für die Erbringung ihrer Kernleistung eine Abgeltung erhalten, so, wie es für Züge oder Busse der Fall ist. Das ist der Ausweg.

Zu privatisieren ist auch der Geschäftsbereich Digitalisierung. Und dies entgegen der Haltung des Bundesrates, derzufolge die Post «zur Digitalisierung der Schweiz beitragen soll». An privaten Akteuren mangelt es nicht. Die Post ist auch nicht in der Lage dazu: Die Flops beim elektronischen Patientendossier, bei der E-Signatur oder im E-Voting haben das gezeigt. Die Post verbrennt damit einfach Geld.

Die Pièce de Résistance der Post ist die dichte Logistik und das Verteilnetz. Eine Mehrheit im Parlament – eine Allianz der politischen Pole – will keinen weiteren Abbau von Poststellen, keinen Abbau der Zustellfrequenz und auch keine Reduktion der Zustellqualität bis vor die Haustür. So soll die Post die Kosten beziffern und sich diese Dienste finanzieren lassen. Spätestens dann wird der Politik klar, ob die Allgemeinheit diese Kosten wirklich tragen soll.

Um diese Gretchenfrage konnten sich Post, Politik und Kundschaft bisher drücken, weil man dem gelben Riesen erlaubt hat, das Defizit mit Gewinnen aus der Privatwirtschaft zu subventionieren – nicht zuletzt und vor allem mit Einnahmen aus dem Bankgeschäft. Vernünftig wäre, wenn der Verwaltungsrat der Realität ins Auge schaut und die Strategie zurückstutzt. Erst dann soll ein Nachfolger für Roberto Cirillo gesucht werden – einer, der dieser Aufgabe gewachsen ist.

«Das Parlament muss jetzt keine Rücksicht mehr auf den Bundesrat nehmen.»

Zinspolitik

Unerwartete Hilfe für Schlegel

Seit dieser Woche ist die Schweiz wieder das Land mit den tiefsten Zinsen weltweit. Nicht wegen Martin Schlegel, der sich erneut zur Möglichkeit von Negativzinsen geäussert hat, sondern wegen Kazuo Ueda. Denn der Chef der Bank of Japan hat den Leitzins auf 0,5 Prozent gehoben, auf das Niveau der SNB. Die japanischen Marktzinsen liegen nun über alle Laufzeiten hinweg höher als im Franken-Markt. Japan mag weit weg sein – und als Handelspartner für die Schweiz weit hinter der Bedeutung Chinas. Die Rolle der japanischen Zinsen für den Schweizer Franken und die SNB ist aber nicht zu unterschätzen. Denn nun ist der Franken die einzige wahre Finanzierungswährung für Carry-Trades. So nennt man die beliebte Devisenmarktstrategie zur Ausnutzung der Zinsdifferenz. Dabei wird eine Tiefzinswährung ausgeliehen, um eine andere, höher verzinsliche zu kaufen. Auf die gekaufte Währung erhöhen Carry-Trades den Aufwertungsdruck, die geliehene Währung wird eher geschwächt. Das käme der SNB nicht ungelegen.

Denn von anderer Seite droht dem Franken ein Aufwertungsschub, was die Exportindustrie vor Probleme stellen und die Inflation unter null drü-

cken könnte: Die Europäische Zentralbank ist auf dem Weg, die Zinsen dieses Jahr deutlich zu senken. Dadurch schrumpft die Zinsdifferenz zum Franken, wodurch dieser im Vergleich zum Euro attraktiver wird. Eine Aufwertung des Frankens respektive eine Abwertung des Euros und Kurse in Richtung 0.90 Franken pro Euro brächte die SNB unter Zugzwang. Denn der Franken wäre dann nach den

gängigen Modellen wieder deutlich überbewertet. Entweder interveniert die SNB mit Euro-Käufen am Devisenmarkt und vergrössert die Bilanz, oder sie geht mit den Zinsen ebenfalls noch tiefer. Aber dann rücken die unbeliebten Negativzinsen immer näher, liegt der Leitzins seit Dezember doch schon bei mickrigen 0,5 Prozent. Eine Entspannung der Franken-Stärke durch die Carry-Trades kann SNB-Chef Schlegel also nur recht sein.

Bedanken muss er sich womöglich auch beim US-Präsidenten. Seit Donald Trumps Wahl läuft die US-Wirtschaft wieder heisser. Der Arbeitsmarkt ist robust, die Unternehmen freuen sich auf Steuererleichterung und weniger Regulierung. Die Inflation ist hartnäckig und könnte durch die Zölle noch weiter angefacht werden. Fed-Chef Powell wird die Zinsen deswegen nicht so stark senken können wie bis vor kurzem angenommen. Und so bleibt zumindest zum Dollar aus Franken-Sicht eine schöne Zinsdifferenz bestehen – und der Euro Schlegels einziges Sorgenkind. So rettet uns vielleicht ausgerechnet der omnipräsente Donald Trump zusammen mit dem unbekannteren Kazuo Ueda vor der Rückkehr der Negativzinsen.



Peter Rohner
Chefökonom

DIALOG

Handelszeitung online 23.1.2025
«Ein WEF im Bann von Donald Trump»
Gott sei Dank ist Trump entscheidungsfreudig. Ob dies alle gut finden, ist eine andere Sache. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger wird Trump die amerikanische Wirtschaft besser zum Laufen bringen, er wird die fast unaufhaltsame Immigration stoppen und Europa klarmachen, wo wer das Sagen hat. Wil Vonier

Die Trump-Präsidentschaft kann analog zur Präsidentschaft von Ronald Reagan zu einer Zei-

tenwende werden. Damals hat Reagan die USA von der linken Vietnam-Stagnation befreit und die dreckige Solaranlage von Carter vom Dach des Weissen Hauses entfernen lassen. In vielen Ländern stagnieren der Wohlstand und die Wirtschaft. Viele Menschen sind auch in Europa und Kanada nicht begeistert von der grünen Vision einer verarmten, feudalistischen Gesellschaft. Auch Milliardäre und Konzerne spüren den Schaden, den die aktuelle Politik und ESG anrichten, und suchen die Zeitenwende. Insofern ist es nicht erstaunlich, dass sich eini-

ge Teilnehmer von Davos zu nächst verdeckt zugunsten einer Politikwende aussprechen. Holger Narrog

Handelszeitung online 20.1.2025
«Deutsche Zeitung wirbt für die Schweiz als Auswanderungsland»
Das sind doch die tatsächlichen Ursachen der fortwährenden Steigerung von Mieten und der Immo-Kaufpreise. Aber wir können natürlich auch weiter die ganze Schweiz zupflastern, bis dann nur noch Superreiche hier wohnen können. Quasi ein schweizweites «Engadin». HZ-Benutzername: jlh

IMPRESSUM

Redaktion «Handelszeitung» Ringier AG, Ringier Medien Schweiz Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 80 E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch, www.handelszeitung.ch
Verlag Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 20 E-Mail: verlag@handelszeitung.ch
Herausgeberin Ringier AG, Ringier Medien Schweiz, Brühlstrasse 5, 4800 Zofingen
Geschäftsleitung Ladina Heimgartner
Chefredaktor Markus Diem Meier (mdm)
Stv. Chefredaktoren Holger Alich (ali), Marcel Speiser (spm)
Redaktion Unternehmen/Politik: Michael Heim (Leitung/hec), Seraina Gross (stv. Leitung/rai), Carmen Schirm-Gasser (scc), Bernhard Fischer (fib), Andreas Güntert (ag), Gabriel Knüpfer (gku), Andreas Valda (val) – Management: Tina Fischer (Leitung/fit) – Internationale Wirtschaft: Peter Rohner (Chefökonom/rop), Fabienne Kinzelmann (kin) – Autor, redaktionelle Projekte: Stefan Barmettler (bar), Volontariat: Lena Madonna (mdl), Samuel Walder (was) – Specials: Florian Fels (Co-Leitung/ff), Jasmine Aliq (Co-Leitung/ali)
Korrespondent Bundeshaus Andreas Valda (val)
Leiter Strategieprojekte-Management/Innovation Stefan Mair
Channel-Management Dominik Benz (Leitung/dob), Michael Hotz (mth), Olivia Ruffner (rul)
Social-Media-Redaktion Lukas Borner

Ständige Mitarbeitende Kurt Bahnmüller (kb), Gisbert L. Brunner (gib), Fredy Gilgen (fg), Constantin Gillies (cg), Fredy Hämmerli (fh), Sira Huwiler-Flamm (huw), Pirmin Schilliger (ps), Silvan Wegmann (Karikaturist), Kurt Speck (spe), Daniel Tschudy (dts), Karin Büchler
Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen im Sinne von Art. 322 StGB: Admeira AG, Energy Broadcast AG, Energy Schweiz Holding AG, Energy Bern AG, Energy Zürich AG, Energy Basel AG, Grupa Ringier Axel Springer Polska AG, Gryps AG, Homster AG, JobCloud AG, OneLog AG, Ringier Central and Eastern Europe AG, Ringier Digital Ventures AG, Ringier Print Holding AG, Ringier Sports AG, Ringier Sports Media Group AG, SMD Schweizer Medien-datenbank AG, Ticketcorner Holding AG, Ringier Emerging Markets GmbH (Deutschland), Ringier MediaTech GmbH (Österreich), S.C. Ringier Romania S.R.L. (Rumänien), EJOBS GROUP S.R.L. (Rumänien), REALMEDIA NETWORK SA (Rumänien), Ringier Pacific Limited (Hongkong), Homsters Asia Pte. Ltd. (Singapur), Ringier Vietnam Company Limited (Vietnam), Ringier Vietnam Classifieds Company Limited (Vietnam), Ringier South Africa (Pty) Ltd (Südafrika), Ringier One Africa Media (Pty) Ltd (Südafrika)

Vermarktung Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich, Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich Anzeigen/Media Services: Tel. 058 269 20 00; mediaserviceprint@ringier.ch Anzeigenpreise und AGB: www.ringier-advertising.ch
Managing Director: Thomas Passen
Director Sales: Luca Schena
Head of Sales: Annick Cochard, Thierry Hansen
Director Media Services Print & Digital: Sarah Näf
Teamlead Media Service Print: Ruth Gmür
Head of Media Service Digital & AdOperations: Sabrina Miccoli
Abonnement: 1-Jahres-Abo Schweiz: Fr. 290.– (inkl. Porto und MwSt.), 1-Jahres-Abo Europa: Fr. 385.– (inkl. Porto); Halbjahres-Abo Schweiz: Fr. 160.– (inkl. Porto und MwSt.), Halbjahres-Abo Europa: Fr. 207.50 (inkl. Porto) Einzelverkaufspreis: Fr. 5.50; Erscheinung: wöchentlich (Donnerstag)/ 50 Ausgaben.
Kundenservice Telefon: 058 269 25 05, kundenservice@handelszeitung.ch
Druck DZZ Druckzentrum Zürich AG Werf-Auflage: 31 969

► Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle: E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch Twitter: twitter.com/handelszeitung Facebook: facebook.com/handelszeitung Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel